

Antrag

der Fraktion GRÜNE

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

**Lehrereinstellung und Unterrichtsversorgung im Schuljahr
2007/2008
hier: Gymnasien und berufliche Schulen**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

I. zu berichten,

1. wie viele Lehreramtswärterinnen und -anwärter sich für das Gymnasium und die beruflichen Schulen zum Schuljahr 2007/08 beworben haben und wie viele jeweils für das kommende Schuljahr eingestellt werden, aufgeschlüsselt nach Regierungspräsidien;
2. wie viele Schülerinnen und Schüler im kommenden Schuljahr die Gymnasien besuchen werden und zwar im Vergleich zum Schuljahr 2006/07 und wie viele zusätzliche Deputate dafür (durch Umschichtung) zur Verfügung gestellt werden;
3. in welchem Umfang zusätzliche Deputate für ergänzende Unterrichtsangebote (Stütz- und Förderunterricht, erweiterte Bildungsangebote) sowie Krankheitsvertretungen für die Gymnasien im Vergleich zum letzten Schuljahr den Regierungspräsidien zugewiesen wurden;
4. wie viele zusätzliche Deputate aufgrund der auf rund 38 % gestiegenen Übergangsquote von der Grundschule auf das Gymnasium in den nächsten fünf Jahren ab dem Schuljahr 2008/09 erforderlich sein werden, und zwar für die Versorgung des Pflichtunterrichts wie für die gleichen ergänzenden Angebote wie im Schuljahr 2006/07;

5. wie viele Schülerinnen und Schüler in den kommenden fünf Jahren ab dem Schuljahr 2008/09, bei einer jährlich steigenden Übergangsquote von 1 % beim Übergang von den Grundschulen auf das Gymnasium, in den nächsten fünf Jahren die Gymnasien besuchen werden;
6. mit welchen zusätzlich erforderlichen Deputaten an den Gymnasien die Landesregierung dabei rechnet und inwieweit sie davon ausgeht, dass die Gesamtzahl den Entlastungseffekt durch den Wegfall eines Schuljahrs beim G 8 bei weitem übersteigt;
7. wie viele Schülerinnen und Schüler im kommenden Schuljahr die beruflichen Schulen besuchen werden und zwar im Vergleich zum Schuljahr 2006/07;
8. wie hoch das strukturelle Defizit an den beruflichen Schulen im Schuljahr 2007/08 im Vergleich zum Schuljahr 2006/07 sein wird und mit welchen Strategien und bis wann die Landesregierung dieses strukturelle Defizit abbauen wird;
9. wie hoch sie die Bugwelle der Überstunden an den Gymnasien und beruflichen Schulen jeweils beziffert und inwieweit diese Lehrerstunden bereits in den Bedarf für das kommende Schuljahr eingerechnet worden sind sowie bis wann sie mit dem Abbau der Bugwellen rechnet;
10. inwieweit sie beabsichtigt, den Fachlehrermangel an den Gymnasien und beruflichen Schulen zu überwinden und mit welchen konkreten Maßnahmen sie dieses Ziel erreichen möchte;

II.

einen Bildungspakt – wie er nach den Grünen jetzt auch von den CDU-Sozialausschüssen gefordert wird – abzuschließen, in dem für eine nachhaltige Bildungsplanung erforderlichen Umfang zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden können. Der Bildungspakt wird schrittweise ab 2012, wenn die Schülerzahlen deutlich zurückgehen, refinanziert werden.

III.

Im Rahmen dieses Bildungspakts folgende Maßnahmen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung zu ergreifen:

1. die Stellensperre für die 870 gesperrten Stellen unverzüglich wieder aufzuheben;
2. die 280 Stellen für die Evaluation nicht aus der Unterrichtsversorgung zu entnehmen;
3. mit den Stellen aus dem Bildungspakt das strukturelle Defizit an den beruflichen Schulen in einem Stufenplan in den nächsten Jahren abzubauen;
4. im Schuljahr 2007/2008 die erforderlichen Lehrerstellen für den Ausbau der Ganztagschule an Gymnasien durch die Einstellung von 200 Lehrerinnen und Lehrern bereitzustellen;
5. die erweiterten Bildungsangebote an den Gymnasien und beruflichen Schulen im kommenden Schuljahr in vollem Umfang zu erhalten.

30. 07. 2007

Kretschmann, Rastätter, Lehmann und Fraktion

Begründung

Die Unterrichtssituation an Gymnasien und beruflichen Schulen wird sich im kommenden Schuljahr 2007/2008 deutlich verschlechtern. Die Klassen werden größer und die Krankheitsvertretungen sowie die erweiterten Bildungsangebote werden erheblich heruntergefahren. An den Gymnasien haben die Schülerzahlen stärker als prognostiziert zugenommen. Die beruflichen Schulen leiden seit Jahren unter einem strukturellen Defizit bei der Lehrerversorgung.

Die Landesregierung hat vor der letzten Landtagswahl versprochen, alle 5 500 zusätzlichen Lehrerstellen, die aufgrund des Schülerwachstums und verschiedenen bildungspolitischen Maßnahmen notwendig waren (Grundschulfremdsprache, Vorgriffstundenmodell, G 8 etc.) weiterhin im Bildungsbereich zu belassen. Mit der Sperrung von 521 Stellen und der Nichtbesetzung von 349 weiteren Stellen hat sie dieses Wahlversprechen bereits gebrochen. Bereits jetzt beginnt die Landesregierung mit der Umschichtung von Lehrerstellen aus der Unterrichtsversorgung in Bereiche wie den Ausbau von Jugendbegleitern, Evaluation, Ganztagschule. Dabei gehen die Schülerzahlen erst Zeit versetzt in einigen Jahren deutlich zurück. Die Fraktion Grüne fordert deshalb die Landesregierung auf, nicht auf Kosten der derzeitigen Schülergeneration zu sparen. Wir müssen jetzt in die Köpfe junger Menschen investieren und allen Kindern gute und gerechte Bildungschancen ermöglichen. Nur dann wird es gelingen unseren Wirtschaftsstandort zu sichern und allen jungen Menschen eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Wir brauchen dazu einen Bildungspakt, mit dem heute zusätzliche Lehrerstellen finanziert werden können und der in Zeiten erheblichen Schülerrückgangs aufgrund der demografischen Entwicklung refinanziert werden kann.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 17. August 2007 Nr. 22–6740.10/602/1 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

I. zu berichten,

1. wie viele Lehreramtswärterinnen und -anwärter sich für das Gymnasium und die beruflichen Schulen zum Schuljahr 2007/08 beworben haben und wie viele jeweils für das kommende Schuljahr eingestellt werden, aufgeschlüsselt nach Regierungspräsidien;

Zum Sommer 2007 haben sich für die Gymnasien insgesamt rund 1.200 wissenschaftliche Lehrkräfte, die in diesem Jahr den Vorbereitungsdienst beendet haben, für die Einstellung in den Schuldienst beworben. Bei den Gymnasien können rund 1.300 Personen im Jahr 2007 in den öffentlichen Schuldienst eingestellt werden. Durch freiwillige Teilzeitbeschäftigungen kann sich die Einstellungszahl gegebenenfalls noch erhöhen.

Nachdem aus früheren Prüfungsjahrgängen nur noch eine geringe Anzahl von Altbewerberinnen und Altbewerbern (in der Regel die verbliebenen leistungsschwächeren Personen) zur Verfügung steht, wird bei der SommerEinstellung 2007 überwiegend auf Neubewerberinnen und Neubewerber aus dem diesjährigen Vorbereitungsdienst zurückgegriffen. Aufgrund von regionalen und fächerspezifischen Bewerberengpässen werden bei den Gymnasien

in diesem Jahr neben originären Gymnasialbewerberinnen und -bewerbern auch rund 50 Realschullehrkräfte eingestellt.

Für die beruflichen Schulen haben sich insgesamt rund 370 wissenschaftliche Lehrkräfte, die in diesem Jahr den Vorbereitungsdienst für berufliche Schulen beendet haben, für die Einstellung in den Schuldienst beworben. In den öffentlichen beruflichen Schuldienst eingestellt werden können im Jahr 2007 rund 700 wissenschaftliche Lehrkräfte.

Bei den beruflichen Schulen reicht die Gesamtzahl der Laufbahnbewerberinnen und -bewerber einschließlich der Altbewerber und der Laufbahnbewerber aus anderen Bundesländern nicht aus, um den gesamten Einstellungsbedarf abdecken zu können. Zur Deckung des Bedarfs in allgemein bildenden Fächern wird deshalb verstärkt auf Realschul- und Gymnasiallehrkräfte zurückgegriffen; im Bereich der beruflichen Fächer ist zur Bedarfsdeckung außerdem der Direkteinstieg für berufserfahrene Hochschulabsolventen aus der freien Wirtschaft geöffnet.

Das Einstellungsverfahren 2007 läuft noch bis zum 30. September 2007, so dass derzeit keine abschließende Aussage zur Einstellungszahl der Neubewerberinnen bzw. Neubewerber sowie deren Verteilung auf die Regierungspräsidien gemacht werden kann.

2. wie viele Schülerinnen und Schüler im kommenden Schuljahr die Gymnasien besuchen werden und zwar im Vergleich zum Schuljahr 2006/07 und wie viele zusätzliche Deputate dafür (durch Umschichtung) zur Verfügung gestellt werden;

Abschließende Angaben zu den Schülerzahlen im kommenden Schuljahr liegen erst mit der Veröffentlichung der amtlichen Schulstatistik zum Stichtag im Oktober 2007, d. h. voraussichtlich Ende des Kalenderjahres vor.

Nach der Schülerprognose des Statistischen Landesamts ist zum Schuljahr 2007/08 mit einem Anstieg der Schülerzahlen an den öffentlichen Gymnasien im Umfang von rd. 4.000 Schülerinnen und Schülern zu rechnen. Nach den Bedarfsmeldungen der Schulen vom Mai 2007 ist von einem Anstieg im Umfang von 3.600 Schülerinnen und Schülern auszugehen. Insofern liegt der prognostizierte Wert etwas über der tatsächlichen Entwicklung.

Aufgrund des erwarteten starken Schülerrückgangs vor allem im Bereich der Grund- und Hauptschulen und der noch steigenden Schülerzahlen an den Gymnasien wurden Umschichtungen im Umfang von 427 Stellen an die Gymnasien vorgenommen.

3. in welchem Umfang zusätzliche Deputate für ergänzende Unterrichtsangebote (Stütz- und Förderunterricht, erweiterte Bildungsangebote) sowie Krankheitsvertretungen für die Gymnasien im Vergleich zum letzten Schuljahr den Regierungspräsidien zugewiesen wurden;

Die über die Direktzuweisung hinausgehenden Lehrerwochenstunden bilden den Pool der oberen Schulaufsichtsbehörden. Aus diesem Pool weisen die oberen Schulaufsichtsbehörden den Schulen gezielt für die Lehrerreserve, zur Berücksichtigung örtlicher schulischer Besonderheiten und zur Einrichtung zusätzlicher Unterrichtsangebote Lehrerwochenstunden zu. Das Kultusministerium hat die für die Gymnasien verfügbaren Ressourcen unter Berücksichtigung der Meldungen in den Lehrerberichten (insbesondere Entwicklung der Schülerzahlen) den Regierungspräsidien anteilig zugewiesen. Derzeit ist die bis September laufende Lehrerzuweisung noch nicht abgeschlossen. Eine ab-

schließende Beurteilung des Umfangs der Poolstunden im Schuljahr 2007/08 wird erst nach Vorliegen der Daten der amtlichen Schulstatistik möglich sein.

Im Lauf der letzten Legislaturperiode wurde im Rahmen der 5.500 zusätzlichen Lehrerstellen die fest installierte Lehrerreserve im Umfang von 1.250 Stellen ausgebaut. Davon erhielten die Gymnasien 250 Deputate. In diesem Umfang wurde die Lehrerreserve auch für das kommende Schuljahr 2007/08 zugewiesen. Neben der fest installierten Lehrerreserve stehen noch Mittel für Krankheitsvertretungen und Nebenlehrer zur Verfügung. Auch bei steigenden Mutterschutz- und Elternzeitfällen während des Schuljahres ist eine kontinuierliche Unterrichtsversorgung dadurch sichergestellt, dass Schulen unmittelbar Ersatz für diejenigen Lehrkräfte erhalten, die wegen Mutterschutz und Elternzeit ausfallen. Zur Einstellung von Vertretungen wurden den Regierungspräsidien bereits zusätzlich insgesamt 3,5 Millionen € zugewiesen.

- 4. wie viele zusätzliche Deputate aufgrund der auf rund 38 % gestiegenen Übergangsquote von der Grundschule auf das Gymnasium in den nächsten fünf Jahren ab dem Schuljahr 2008/09 erforderlich sein werden, und zwar für die Versorgung des Pflichtunterrichts wie für die gleichen ergänzenden Angebote wie im Schuljahr 2006/07;*
- 5. wie viele Schülerinnen und Schüler in den kommenden fünf Jahren ab dem Schuljahr 2008/09, bei einer jährlich steigenden Übergangsquote von 1 % beim Übergang von den Grundschulen auf das Gymnasium, in den nächsten fünf Jahren die Gymnasien besuchen werden;*
- 6. mit welchen zusätzlich erforderlichen Deputaten an den Gymnasien die Landesregierung dabei rechnet und inwieweit sie davon ausgeht, dass die Gesamtzahl den Entlastungseffekt durch den Wegfall eines Schuljahrs beim G 8 bei weitem übersteigt;*

Das Kultusministerium berücksichtigt in seiner Lehrerbedarfsplanung die jeweils aktuelle Schülerprognose des Statistischen Landesamts. Diese schreibt im Sinne einer Status Quo-Vorausberechnung die letzte Ist-Übergangsquote von den Grundschulen auf die weiterführenden Schularten fort. Für die Gymnasien wird in der aktuellen Prognose mit 37,8 % die Übergangsquote des Jahres 2005 zugrunde gelegt. Durch die regelmäßige Fortschreibung – in der Regel alle zwei Jahre – der wissenschaftlich angelegten Prognoserechnung durch das Statistische Landesamt können aktuelle Änderungen im Übergangsverhalten zeitnah in der Schülerprognose sowie in der Bedarfsrechnung des Kultusministeriums berücksichtigt werden. Eine Variante dergestalt, dass mit jährlich steigenden Übergangsquoten gerechnet wird, ist unter methodischen Gesichtspunkten fragwürdig und wird üblicherweise in Prognoserechnungen nicht verwendet.

Ausgangspunkt für die Einschätzung der künftigen Bedarfssituation sind die Setzungen der Koalitionsvereinbarung und Regierungserklärung und insofern die Vorgabe, dass alle schülerzahlbedingten Stellenfreisetzungen im Schulbereich zur Finanzierung der bildungspolitischen Projekte verwendet werden dürfen. Innerhalb dieses Zeitraums wiederum wird jeweils die aktuelle Schülerzahlprognose dem Bedarfsdeckungskonzept zugrundegelegt. Die Bedarfsmeldungen der öffentlichen Schulen zum Mai eines Jahres konkretisieren die Prognosewerte, die nochmals mit der Schlussmeldung unmittelbar vor Schuljahresende eine weitere Annäherung an die tatsächlichen Schülerzahlen erfahren.

Die unter den Ziffern 4, 5 und 6 des Antrags gewünschten arbeits- und zeitaufwändigen Prognose- und Bedarfsrechnungen sind aus Sicht des Kultusministeriums insofern nicht erforderlich.

7. wie viele Schülerinnen und Schüler im kommenden Schuljahr die beruflichen Schulen besuchen werden und zwar im Vergleich zum Schuljahr 2006/07;

Wie bereits unter Ziffer 2 dargelegt, liegen abschließende Angaben zu den Schülerzahlen im kommenden Schuljahr erst mit der Veröffentlichung der amtlichen Schulstatistik vor.

Nach der Schülerprognose des Statistischen Landesamts ist zum Schuljahr 2007/08 mit einem Anstieg der Schülerzahlen an den öffentlichen beruflichen Schulen im Umfang von rd. 6.000 Schülerinnen und Schülern zu rechnen.

8. wie hoch das strukturelle Defizit an den beruflichen Schulen im Schuljahr 2007/08 im Vergleich zum Schuljahr 2006/07 sein wird und mit welchen Strategien und bis wann die Landesregierung dieses strukturelle Defizit abbauen wird;

Im Schuljahr 2006/07 konnte das strukturelle Defizit an den beruflichen Schulen weiter zurückgeführt werden. Lag dieses im Schuljahr 2004/05 noch bei 5,3 % und im Schuljahr 2005/06 bei 4,7 %, so war im Schuljahr 2006/07 ein Defizit von nur noch 4,4 % zu verzeichnen.

Das Kultusministerium hat die für die beruflichen Schulen im kommenden Schuljahr 2007/08 verfügbaren Ressourcen unter Berücksichtigung der erwarteten Entwicklung der Schülerzahlen den Regierungspräsidien zugewiesen. Derzeit ist die bis September laufende Lehrerzuweisung noch nicht abgeschlossen. Eine abschließende Beurteilung der Versorgungssituation im Schuljahr 2007/08 wird erst nach Vorliegen der Daten der amtlichen Schulstatistik möglich sein.

Zur Stabilisierung der Versorgungssituation auch bei dem erwarteten weiteren Schüleranstieg wurden Umschichtungen im Umfang von 139 Stellen zugunsten der beruflichen Schulen vorgenommen.

9. wie hoch sie die Bugwelle der Überstunden an den Gymnasien und beruflichen Schulen jeweils beziffert und inwieweit diese Lehrerstunden bereits in den Bedarf für das kommende Schuljahr eingerechnet worden sind sowie bis wann sie mit dem Abbau der Bugwellen rechnet;

Im Schuljahr 2006/07 wurde von den Schulleitungen der Gymnasien Regelstundenmaßausgleich im Umfang von 392 Deputaten und von den Schulleitungen der beruflichen Schulen im Umfang von 757 Deputaten vereinbart. Diese sogenannten Bugwellen stehen in engen Zusammenhang mit einer regionalen oder fächerspezifischen Engpasssituation. Das Kultusministerium geht davon aus, dass diese in den kommenden Jahren schrittweise in Abhängigkeit von den rückläufigen Schülerzahlen wieder abgebaut werden.

10. inwieweit sie beabsichtigt, den Fachlehrermangel an den Gymnasien und beruflichen Schulen zu überwinden und mit welchen konkreten Maßnahmen sie dieses Ziel erreichen möchte;

Aufgrund der seit dem Studienjahr 1999/2000 wieder deutlich gestiegenen Studienanfängerzahlen im Lehramt an Gymnasien wird sich die Bewerberlage hier auch in den sog. Mangelfächern künftig wieder verbessern.

Zur gezielten Verbesserung des kurz- und mittelfristigen Bewerberangebots an Gymnasien und beruflichen Schulen hat das Kultusministerium mit Programmen zum Seiten- und Direkteinstieg auf den aktuellen fachspezifischen Mangel reagiert. So können im gymnasialen sowie beruflichen Bereich Diplom-

absolventinnen und -absolventen bzw. Universitätsassistentinnen und -assistenten in Physik, Chemie, Informatik und Mathematik im Seiteneinstieg in den Vorbereitungsdienst übernommen werden. Analog gilt dies auch für Hochschulabsolventinnen und -absolventen im Fach Latein an Gymnasien, in dem derzeit ebenfalls zu wenig Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung stehen. Mit der spanischen Regierung wurde bereits im Jahr 2003 eine Vereinbarung zur befristeten Beschäftigung spanischer Lehrkräfte in Baden-Württemberg getroffen und umgesetzt. Im beruflichen Bereich besteht auch für Akademiker mit in Deutschland erworbenem Magisterabschluss in den Hauptfächern Deutsch, Englisch oder Spanisch, jeweils in Verbindung mit einem weiteren geeigneten Fach, die Möglichkeit des Seiteneinstiegs in den Vorbereitungsdienst. Darüber hinaus wird hier der Bedarf in allgemein bildenden Fächern teilweise durch gymnasiale Bewerberinnen und Bewerber sowie durch Realschullehrkräfte abgedeckt, in beruflichen Mangelfächern besteht die Möglichkeit des Seiten- bzw. Direkteinstiegs. Mit dem zum Wintersemester 2003/04 neu eingerichteten kooperativen Modellstudiengang Gewerbelehrer/in an Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen können zudem künftig auch Personen mit erfolgreichem Abschluss des Masterstudiengangs im höheren Lehramt an beruflichen Schulen unterrichten. Durch dieses Modell soll mittelfristig der Anteil an originär ausgebildeten Lehrkräften an den Einstellungen im gewerblich-technischen Bereich erhöht werden. Diese Maßnahmen haben geholfen und werden auch künftig helfen, die Versorgungslage zu sichern.

Mit dem Ziel der langfristigen Bewerbergewinnung auch für die Mangelfächer informiert das Kultusministerium Interessierte am Lehramtsstudium regelmäßig in seinem Merkblatt „Berufsziel Lehrerin/Lehrer – Einstellungschancen für den öffentlichen Schuldienst in Baden-Württemberg“ über den schulart- und fachspezifischen Studienanfängerbedarf.

II.

einen Bildungspakt – wie er nach den Grünen jetzt auch von den CDU-Sozialausschüssen gefordert wird – abzuschließen, in dem für eine nachhaltige Bildungsplanung erforderlichen Umfang zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden können. Der Bildungspakt wird schrittweise ab 2012, wenn die Schülerzahlen deutlich zurückgehen, refinanziert werden.

III.

Im Rahmen dieses Bildungspakts folgende Maßnahmen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung zu ergreifen:

- 1. die Stellensperre für die 870 gesperrten Stellen unverzüglich wieder aufzuheben;*
- 2. die 280 Stellen für die Evaluation nicht aus der Unterrichtsversorgung zu entnehmen;*
- 3. mit den Stellen aus dem Bildungspakt das strukturelle Defizit an den beruflichen Schulen in einem Stufenplan in den nächsten Jahren abzubauen;*
- 4. im Schuljahr 2007/2008 die erforderlichen Lehrerstellen für den Ausbau der Ganztagschule an Gymnasien durch die Einstellung von 200 Lehrerinnen und Lehrern bereitzustellen;*
- 5. die erweiterten Bildungsangebote an den Gymnasien und beruflichen Schulen im kommenden Schuljahr in vollem Umfang zu erhalten.*

Nachdem in der vergangenen Legislaturperiode bei noch steigenden Schülerzahlen und zur Umsetzung wichtiger bildungspolitischer Maßnahmen insgesamt 5.500 Lehrereinstellen geschaffen wurden, gehen dem Schulbereich in dieser Legislaturperiode keine Neustellen mehr zu. Trotz über alle Schularten insgesamt wieder rückläufiger Schülerzahlen werden jedoch keine Lehrereinstellen abgebaut. Vielmehr haben die Regierungsparteien in der Koalitionsvereinbarung für die laufende Legislaturperiode festgeschrieben, dass sie alle aufgrund rückläufiger Schülerzahlen rechnerisch frei werdenden Lehrereinstellen für bildungspolitische Maßnahmen verwenden wollen. Damit soll insbesondere die frühkindliche Bildung, der Ausbau der Ganztagschulen und die Evaluation umgesetzt werden. Bereits zum kommenden Schuljahr 2007/08 werden die notwendigen Ressourcen für die weitere Genehmigung von Ganztagschulen, den Einstieg in die Evaluation der Schulen, für das Projekt „Schulreifes Kind“ und auch für G8 bereitgestellt. Der weitere Bedarf für diese und weitere Maßnahmen in den kommenden Jahren ist im Bedarfsdeckungskonzept des Kultusministeriums bereits berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund ist keine Notwendigkeit für einen Bildungspakt gegeben.

In Vertretung

Fröhlich
Ministerialdirektor